

ARCHIV

Archivsuche > 2008 > Suchergebnis

Freitag, 30. Mai 2008 | Region St.Gallen

Drucken | Versenden | Kommentieren | Leserbrief

Für mehr Bildungsvielfalt

Parteiübergreifendes Initiativkomitee gegründet

st. gallen. Das St. Galler Initiativkomitee «Ja, Bildungsvielfalt für alle» ist gegründet worden. Im Sommer soll die Initiative eingereicht werden. Abgestimmt werden könnte in eineinhalb bis zwei Jahren.

KARIN FAGETTI

Sie rütteln an einem der letzten Tabus: am Bildungsmonopol der Staatsschule. Der Verein Elternlobby Schweiz koordiniert in zahlreichen Kantonen Initiativen; vorgestern wurde nun auch das St. Galler Initiativkomitee «Ja, Bildungsvielfalt für alle» gegründet.

Wahl nicht nur für Wohlhabende

Kurt Weigelt, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) St. Gallen-Appenzell, der bereits an diversen Podiumsdiskussionen zum Thema referierte, will sich für mehr Vielfalt und echte Wahlmöglichkeiten für alle einsetzen. Zwar gewährleistet die Verfassung derzeit das Recht, nichtstaatliche Schulen zu besuchen, faktisch ist dies jedoch nur Kindern aus finanziell guten Verhältnissen möglich.

Auf Primarschulstufe besuchen im Kanton St. Gallen weniger als zwei Prozent eine Privatschule. Die IHK empfiehlt in ihrer jüngsten Wirtschaftsstudie, die Einführung der freien Schulwahl zu prüfen.

Wahl innerhalb der Staatsschule

Betont wurde am Mittwochabend auch die Absicht, die freie Schulwahl innerhalb der Staatsschule zu ermöglichen. Kindervertreterinnen wie Theres Engeler-Bisig, Präsidentin Kinderschutz Ostschweiz, oder die Kinder- und Jugendpsychiaterin Monika Diethelm-Knoepfel aus Uzwil erwähnten Nachteile einer heute nur schwer veränderbaren behördlichen Schuleinteilung.

Mit im Initiativkomitee sind auch Nationalrätin Yvonne Gilli (Grüne), die im St. Galler Kantonsrat mithalf, einen Steuerabzug für Privatschulkosten durchzusetzen, Vertreter von Elternlobby und Rudolf-Steiner-Schulen, Jungpolitiker (Jungfreisinnige und Junge SVP) und die Kantonsräte Eva Nietlispach (FDP), Meinrad Gschwend (Grüne) und Verena Frick (SVP). In den nächsten Wochen wird der Initiativtext bei der St. Galler Regierung eingereicht.

Änderung der Verfassung

Artikel 3 der Grundrechte der Kantonsverfassung soll wie folgt geändert werden:
 «(...)», sowie das Recht der Erziehungsberechtigten, zwischen den einzelnen öffentlichen Schulen und den Privatschulen zu wählen (...) Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf eine öffentliche Finanzierung des Unterrichts (...)» (kf)